

Wohin geht's vom Taksim-Platz?

Norman Paech

Nach der gewaltsamen Räumung des Gezi-Parks und des Taksim-Platzes am 16. Juni sah es so aus, als sei alles nur ein Spuk gewesen. Der Platz war wieder die alte Baustelle für eine Straßenunterführung, die Polizisten räkelteten sich in den Stühlen im Bambi-Café und den Cafés der angrenzenden Straßen, im Gezi-Park wurden Bäume und Rosen gepflanzt und Erdogan in der Presse auch hier zum Sieger erklärt. Doch jetzt sind die Demonstranten zurück, erst einzeln und schweigend, jetzt zu zehntausenden und landesweit und Erdogan hat wieder seine Wasserwerfer aktiviert. Die Probleme liegen offensichtlich tiefer und verlangen einen genaueren Blick auf sie.

Es hat noch nie eine unvoreingenommene und verlässliche Berichterstattung über die gesellschaftlichen Probleme der Türkei gegeben. Das rächt sich jetzt. Seit Jahrzehnten ist die Türkei Mitglied der NATO, kommen türkische Menschen nach Deutschland, um hier zu arbeiten oder um Asyl nachzusuchen. Seit Jahrzehnten tobt ein Bürgerkrieg in Südostanatolien zwischen der Armee und den Kurden, die um ihr Selbstbestimmungsrecht, ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Gleichberechtigung kämpfen. Doch niemand hat sich so recht darum gekümmert. Mit dem Terrorismusvorwurf gegen die Kurden hat man sich das Problem vom Hals gehalten und tabuisiert. Selbst die Beitrittsverhandlungen zur EU haben keine solidere Berichterstattung erwirkt. Man weiß, dass kein Land so häufig vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden ist wie die Türkei, aber ein Urteil gegen Frau Timoschenko in der Ukraine erzeugt mehr Wirbel in der deutschen Presse als hunderte politischer Urteile gegen Journalistinnen und Journalisten, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und die Existenz tausender politischer Gefangener in der Türkei.

Die Zusammensetzung der Demonstranten ist nach wie vor unübersichtlich. Es gibt keine dominante Organisation, keine Wortführer, keine klare Struktur des Protestes. Und doch ist die übliche Einordnung der Demonstranten in die „obere Mittelschicht“ annähernd richtig-. Der Zustrom zu den Demonstrationen von den Ultras der Fußballvereine Galatasaray, Fenerbahce und Beşiktaş, von Büroangestellten bis zu Künstlern, Journalisten und Intellektuellen der Universitäten zeigt die soziale Breite der Widerstandsbewegung. Sie zeigt sich auch politisch, wenn Mitglieder der AKP und der CHP sich ebenso versammeln wie Kemalisten, Nationalisten und Kurden der BDP. So spontan sich der Protest an der Zerstörung des kleinen Gezi-Parkes entzündet hat, so breit ist seine Resonanz in der Gesellschaft und ihre Aktivierung gewesen. Die hemmungslose Gentrifizierung hat schon in anderen Stadtteilen Istanbuls zu Demonstrationen geführt. Es ist nicht nur der autoritäre Zugriff, der Eingriff in die private Lebensgestaltung, der die Menschen auf die Straße treibt, sondern der Protest gegen eine neoliberale Privatisierung aller öffentlichen Güter, aus denen man Profit schlagen kann. Die Verwandlung eines öffentlichen Parks in ein renditeträchtiges Einkaufszentrum und Apartments ist nicht nur ein politisches Ärgernis, da ohne Einbeziehung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger entschieden. Sie steht für die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zwar inhärent ist, aber auch immer wieder den Widerstand hervorruft. Denn die überall gelobten Wachstumsraten von Handel und industrieller Produktion sind an den meisten Menschen auf dem Land und in der Stadt vorbeigegangen – eine natürliche Folge des neoliberalen Gesellschaftskonzepts von Erdogan. Der Kampf um einen kleinen Park ist zur Metapher für Demokratie und eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung geworden, so heterogen und spontan die Menschen auch zusammengekommen sind. Eine Demonstration für Demokratie, die nach eigenen Angaben der türkischen Presse nicht vorangekommen ist, und beileibe nicht nur ein Anliegen der oberen Mittelschicht ist.

Es gab an anderen Orten, an denen es schon gar nicht um Bäume ging, Demonstrationen mit den gleichen brutalen Polizeieinsätzen. Am Morgen des 18. Juni setzte die Polizei zu großangelegten Razzien und Hausdurchsuchungen in Istanbul, Ankara und Eskişehir an. Hunderte Personen wurden festgenommen. Am 23. Juni Sonntag bewegte sich dennoch eine Transgender-Parade unter dem Motto "Für Brot, Freiheit und Gerechtigkeit" vom Taksim Platz bis zum Tunnel/Galatasaray und zurück mit mehreren hundert Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Zum 20. Jahrestages des Massakers an alevitischen Intellektuellen in Sivas am 2. Juli 1993 kamen auf einer Kundgebung in Kadıköy zehntausende Menschen mit Transparenten der alevitischen, kurdischen und türkischen Linken zusammen! Und nichts deutet darauf hin, dass die Demonstranten der Repression weichen werden. Der normale Gang von Erdogans Machtapparat wurde davon nur wenig erschüttert. Die politischen Prozesse gegen die Journalisten und Rechtsanwälte gingen weiter, der oppositionelle TV-Sender >Hayat< (Leben), die wichtigste Informationsquelle der Widerstandsbewegung außer Twitter, wurde schon zum 14. Juni geschlossen.

Wenig Beachtung hat die Beteiligung der Kurden an den zentralen Demonstrationen gefunden. In der Tat hatten sie zunächst gezögert, um den gerade begonnenen Friedensprozess mit Erdogan nicht zu stören. Erst als Abdullah Öcalan aus dem Gefängnis auf İmralı heraus seine Landsleute zur Beteiligung aufforderte, kamen auch sie mit ihren Fahnen und Bildern von Öcalan. Denn in Südost-Anatolien ist der koloniale Status der Kurden noch

lange nicht vorbei. Ihr schon Jahrzehnte währender Kampf um Demokratie und Selbstbestimmung dauert immer noch an. Die Guerilla ist zwar auf dem Rückzug aber Regierung und Armee haben sich noch nicht bewegt. Jederzeit kann ein neuer Angriff der Regierungstruppen erfolgen. Niemand traut Erdogan - aus schlechter Erfahrung. Keiner der über 7000 politischen Häftlingen wurde aus den Gefängnissen befreit, und das gefährliche Dorfschützer-System wird weiter aus- statt abgebaut. Die Arbeitslosigkeit erreicht in Diyarbakir 75 %.

Die Forderungen der Kurden gehen weiter als die der Demonstranten auf dem Taksim-Platz. Sie haben zwar schon lange den Plan eines separaten Staates aufgegeben, geblieben sind aber die Forderungen nach Selbstverwaltung und demokratischer Autonomie. In ihren Grundzügen zielen sie auf das Gleiche: Demokratie und ein menschenwürdiges Leben. Sollten sie von allen Demonstranten übernommen werden, würde die Widerstandsbewegung eine revolutionäre Kraft entfalten und zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der Türkei führen. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass die eiserne Faust Erdogans den Protest vorerst unterdrückt. Nach jüngsten Umfragen stehen noch 53,5 % der Bevölkerung hinter ihm, 7 % weniger als im Vormonat. Die AKP verlor 11 % im Vergleich zum Vorjahr. Knapp die Hälfte findet Erdogans Reaktionen auf die Demonstrationen „konfrontative und provokativ“, allerdings findet sie etwa zu gleichen Teilen die jetzt landesweiten Demonstrationen „berechtigt“ (44,4 %) wie auch „unberechtigt“ (45,5). Bei dieser Befragung spielte auch die Politik gegenüber Syrien eine Rolle (54,2 % dagegen, 27,4 % dafür), ein Faktor, der für Erdogans Reaktionen an den verschiedenen innenpolitischen Fronten von Einfluss sein wird. Dabei wird auch die Entscheidung der EU über die Fortführung oder die Unterbrechung des Beitrittsprozesses eine Rolle spielen. Und die europäischen Politiker sollten davon ausgehen, dass eine Unterbrechung Erdogan in seinem autoritären und repressiven Stil bekräftigen wird. Es gärt in der Türkei, doch wer wagt eine Voraussage